

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 M. für die Woche, 6,10 M. für den Monat. Durch die Post 6,10 M. für den Monat.
Postfachkonto Nr. 28 888. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Sonntag, 20. November 1921

Anzeigenpreise: Die halboffene Wilmmerzeile ober deren Raum 0,90 M., auswärts 0,90 M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M. Restzeile: Die Wilmmerzeile, halboffen ober deren Raum im Text 3.- M.

Um die Erfassung der Sachwerte.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft verhandelt, verhandelt, verhandelt . . .

TU Berlin, 17. November.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands trat heute nachmittags 4 Uhr zu einer Besprechung zusammen, in der das Angebot der deutschen Industrie an die Regierung besprochen wurde. Die Sitzung wurde kurz nach 6 Uhr vorläufig abgebrochen, da schon auf 7 Uhr der Reichskanzler Dr. Wirth zu Verhandlungen über das Angebot des Reichsverbandes der Deutschen Industrie eingeladen war. Diese Besprechung dauert zurzeit noch an. Um 8 Uhr wird die Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands neuerdings zu einer Sitzung zusammentreten.

TU. Berlin, 18. November.

Die Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft wurde gestern abend um 8 Uhr fortgesetzt, um gegen 10 Uhr auf den nächsten Tag vertagt zu werden. Sie trug den Charakter einer streng vertraulichen Aussprache, bei der die Vertreter beider Gruppen Gelegenheit hatten, eingehend zu den Problemen Stellung zu nehmen. Ueber den Verlauf der Verhandlungen, die heute fortgesetzt werden, wird vorläufig Stillschweigen bewahrt.

Die Verhandlungen über das Kreditangebot der Industrie gehen weiter. Die Regierung hütet sich, eine endgültige Erklärung abzugeben. Zwar hat der Reichskanzler die Vertreter des Reichsverbandes der Industrie auf die Folgen aufmerksam gemacht, die entstehen würden, wenn die Stimmendeckung an ihren Bedingungen für die Kreditation festhalten würden. Aber zweifellos bedeutet diese Erklärung Wirths nur den Versuch, einen Druck auf das Großkapital auszuüben, damit dieses seine Bedingungen umforme. Die Erklärung Wirths bedeutet nicht eine Absage an die Kreditpläne der Industrie überhaupt. Die Erklärung Wirths bedeutet nicht, daß die Reichsregierung, wie das gesamte Proletariat fordern muß, nun gewillt ist, rücksichtslos den Weg der Erfassung der Sachwerte zu beschreiten. Und doch wäre die Erfassung der Sachwerte, wie alle Arbeiterparteien und wie auch die Gewerkschaften sie gefordert haben, die einzig mögliche Antwort auf die freche Herausforderung der Industriekapitäne. Wirth und sein Kabinett rechnen offenbar auf eine Verständigung zwischen Gewerkschaften und Industrie.

Und in der Tat, die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Großkapital in der Zentralarbeitsgemeinschaft sind beweglich genug auf der Bahn des Kompromisses. Schon allein die Tatsache, daß die Sitzungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft vertraulich sind, ist bezeichnend genug für den Stand der ganzen Angelegenheit. Die Arbeiterschaft, die doch vor allem an dem Verlauf der Verhandlungen interessiert ist, die Arbeiterschaft, die, wenn die Gewerkschaftsführer zurückweichen, die Kosten tragen muß, wird über den Stand

der Verhandlungen im unklaren gehalten. Das muß anders werden. Die Arbeiterschaft muß über alle Stadien der Aussprache zwischen den Gewerkschaften und der Industrie orientiert werden.

Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter weiß so gut wie wir Kommunisten, daß eine Verständigung mit dem Großkapital in dieser Situation die Erstüftung der Existenzgrundlage des deutschen Proletariats bedeuten würde. Darum rufen wir den Gewerkschaftsführern zu: Macht Schluß mit den Verhandlungen der Zentralarbeitsgemeinschaft! Bleibt bestehen auf euren Forderungen! Kommt es hart auf hart, die deutsche Arbeiterklasse ist bereit zu kämpfen, um die 10 Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen! Nur im Kampfe der Arbeitermassen selbst ist das möglich. Heraus aus dem Dunkelamern! Offen Farbe bekennen! Haltet Ihr proletarische Disziplin! Wir werden sie nicht verfehlen!

Erklärungen der Arbeitgeber.

TU. Berlin, 18. November.

In der gestrigen Sitzung des Vorstandes der Zentralarbeitsgemeinschaft erklärten die Arbeitgeber, daß in ihrer Erklärung betreffend Ueberführung der Eisenbahnen in private wirtschaftliche Form die Auslieferung der Bahn an das Privatkapital nicht verstanden werden dürfe.

Ebenso erklärten die Arbeitgeber die in der Presse ausgestauchte Behauptung für falsch, die Industrie beabsichtige die Wertschöpfung des Achtstundestages.

Die Vertreter der Gewerkschaften erkannten die Notwendigkeit an, Mittel zur raschen Sanierung der Eisenbahn zu finden.

Die Vertreter der Arbeitgeber stellten in Aussicht, daß sie einen Plan zur Umbildung unwirtschaftlicher Reichsbetriebe vorlegen wollten, der in kurzer Frist in der Zentralarbeitsgemeinschaft beraten werden soll.

Die Vertreter des Reichsverbandes der Industrie beim Reichskanzler.

TU. Berlin, 18. November.

Gestern abend empfing der Reichskanzler die Vertreter des Reichsverbandes der Industrie und wies sie nachdrücklich auf die Folgen hin, die für die politische Lage Deutschlands entstehen könnten, wenn die Industrie an ihren Bedingungen für die Kredithilfe festhielte.

Wie wir hören, sind endgültige Erklärungen seitens der Reichsregierung beim gestrigen Empfang der Industriellen beim Reichskanzler in der Frage der Entschärfung der Reichseisenbahnen nicht abgegeben worden. Die Verhandlungen darüber gehen also, entgegen vielfach gehegten Besürchtungen, weiter.

Der Metallarbeiterstreik in Düsseldorf.

Düsseldorf, 17. November.

Zu dem von uns bereits gemeldeten Streik der Metallarbeiter von Düsseldorf ist weiter zu berichten: Laut Feststellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des christlichen Metallarbeiterverbandes ruht in sämtlichen dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Betrieben die Arbeit. Kein einziger Streikbrecher wurde bis jetzt festgenommen. Die Zahl der Streikenden beträgt 50 000. Schon in der vergangenen Woche war es kaum möglich, die ungedulden Arbeiter in den Betrieben zu halten. Nachdem sich dreißigtausend, syndikalistische, kirchlich-dunkelste und christliche Arbeiter einmütig und geschlossen für den Kampf zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes erklärten, war dieser nach der ablehnenden Haltung der Unternehmer unvermeidlich.

Die Arbeiter fordern einen Lohn, der etwa das Fünffache des Friedenslohnes beträgt. Sie berechnen diese Forderung auf folgender Preisstabelle der notwendigen Nahrungsmittel hervor. Es kostet hier das Pfund Kartoffeln 1,60 Mark, Roggenbrot das Pfund 2,40 Mark, Butter 45, Margarine 35, Mehl 6, Kaffee 36, Eier das Stück 4 Mark, Milch 4 Mark pro Liter und Petroleum 7 Mark pro Liter. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Friedenspreise um durchschnittlich das Fünfundzwanzigfache. Die Arbeiter haben also selbst wenn sie ihre Forderungen reiflos durchsetzen, kaum 60 Prozent des Reallohnes der Vorkriegszeit.

Während die Selbstwertung die Entzweiung der Arbeiter ungemein verschlechtert, ziehen die Unternehmer daraus riesige Profite. So hatten die Rheinischen Stahlwerke laut ihrer letzten Abrechnung einen Gewinn von 62 Millionen Mark gegenüber 5 Millionen im Vorjahr. Nach riesigen Abschreibungen erhalten die Aktionäre eine Dividende von 20 Prozent und der Aufsichtsrat für die paar Sitzungen im Jahr 890 000 Mark Lohntiere, was 40 000 Mark pro Kopf ausmacht. An Löhnen wurden 182 236 737 Mark ausbezahlt, bei 10 452 Arbeitern im Durchschnitt pro Jahr 18 100 Mark. Also dem Aufsichtsrat für einige Sitzungen 40 000 Mark, dem Arbeiter, der das ganze Jahr schwer schuften muß, 18 000 Mark.

Die Mannesmannröhrenwerke hatten einen Gewinn von 222 Millionen Mark und erhöhen die Dividende von 20 auf 30 Prozent. Der Aufsichtsrat erhielt für seine „mühevollen“ Arbeit 1,7 Millionen Mark Lohntiere.

Außer den Metallarbeitern streiken in Düsseldorf noch die Elektromonteur, die Heizer und Maschinisten. Der Streik in Düsseldorf hat für ganz Rheinland-Westfalen große Bedeutung. Ob er auch auf das ganze Industriegebiet übertrifft, läßt sich zur Stunde noch nicht sagen.

Lohnbewegung der sächsischen Arbeiter in Aöln.

Aöln, 17. November.

Die einmalige Beihilfe von 1800 M. wurde abgelehnt. Verheiratete Arbeiter über 20 Jahre erhalten Stundensloka ab 1. Oktober rückwirkend 1 M., ab 15. November 2 M., ab 1. Dezember 3 M. Unverheiratete keine Rückwirkung. 18- bis 20-Jährige ab 15. November 1 M., ab 1. Dezember 1,50 M.; Jugendliche ab 1. Dezember 1,10 M., Kinderzulage ab 1. Oktober auf 1,25 M., ab 15. November auf 1,50 M. erhöht. Die Forderung der Arbeiter und das Angebot der sächsischen Verwaltung ist durch die unerhörte Forderung im besetzten Gebiet längst überholt. Kündigung des jetzt bewilligten Lohnes am 1. Januar 1922, Einspruchsfrist zwei Tage.

Textilarbeiterstreik in Chemnitz.

Chemnitz, 17. November.

In Chemnitz sind heute die Arbeiter und Arbeiterinnen von 10 Textilfabriken in den Streik getreten. Grund sind Forderungen auf Lohnsteigerung und Gewährung einer sofortigen Beihilfe. Die Gewerkschaften haben den Streik bis jetzt noch nicht anerkannt.

Kommunistischer Erfolg in Dortmund.

Dortmund, 17. November.

Bei den Wahlen zur Betriebskrankenkasse der Dortmunder Union (Stammesbetrieb, 11 000 Mann Belegschaft) erhielt die Liste der KPD 20 Sitze, der Freien Gewerkschaften 18, Christliche 6, Polen 6 und Kirch-Dunkelste 3 Sitze.

Graufame Zahlen.

Als in ihrer Sündenblüte die erste Wirthsregierung noch fest an Englands Liebe glaubte, als sie noch, wie von ihrem einzigen Glück — träumte von der Hoffnung, an dem vermeintlichen englisch-französischen Gegensatz Deutschlands Ansehen und seine Valuta wieder aufzurichten, prägte der Kanzler und Finanzminister Wirth das schöne Wort von der Groschenmark. Der papierne Reichsmark wurde ein sicherer Stand von 10 Pfg. Friedenswert vorausgesetzt.

Mit dieser Grundlage rechnete das deutsche Finanzministerium auch noch im August, als es endlich den Haushaltsplan des Reiches für das laufende Jahr 1921 aufstellen wollte und die neuen Steuern zur Deckung des vielfachen Milliardendefizits ausnotete und berechnete.

Und jetzt ist mit dem hohen Wahn von Englands Liebe und der schönen Hoffnung auf die Groschenmark, auch die ganze Rechnung über den Reichshaushalt zerfallen. Die Weltinteressen der englischen Kapitalisten sind durch Washington bedroht. Flugwunden sie sich diesen wichtigeren Entscheidungen zu. Sie verschönten sich rasch und ganz mit den französischen Kapitalisten, indem sie ihnen freie Hand geben, um aus der deutschen Arbeit herauszupressen, was ihnen nötig und möglich dünkt.

Da kam die neue milliardenschwere Arbeitslast der Wiesbadener Verpflichtung, die Schwächung der deutschen Wirtschaft durch die oberdeutsche Entscheidung, die Dollarherrschaft durch deutsches Spekulantentum begünstigt und statt des erträumten Nidelarosenz ist die Papiermark nur noch zwei Kupferpfennige wert. — Und so droht uns das Ungeheuerliche: Die Steuerrechnung in Papiermark muß verfünffacht werden.

Nach der Haushaltsrechnung, die die erste Wirthsregierung aufstellte, beträgt für dieses Jahr der Gesamtbedarf des Reiches etwa 150 Milliarden Mark. Davon sollen 70 Milliarden gedeckt werden durch Einnahmen, die sich zusammensetzen aus den alten Zoll- und Steuerbelastungen, wie sie uns vor und während des Krieges besichert wurden, den Erbschaftsteuern und dem neuen Steuerraub, den die Hermes und Wirth, Bauer und Schmidt auf die Taschen des arbeitenden Volkes durchzuführen versuchten.

Ehe wir jedoch die Schändlichkeiten des neuen Steuerraubzuges erörtern, muß noch die Feststellung getroffen werden, daß die Angabe von 150 Milliarden Mark Gesamtbedarf des deutschen Reichshaushaltes für 1921 sich nicht nur infolge des Valutasturzes vervielfacht, sondern auch als falsch erwiesen hat. Bei den Steuerausgabenrechnungen, die im Reichstag vor wenigen Tagen stattfanden, mußte der Finanzminister bereits zugeben, daß selbst dann, wenn die 70 Milliarden Steuereinnahmen wirklich in diesem Jahre herausgepreßt werden können, das Defizit im Reichshaushalt nicht mehr „nur“ 80 Milliarden, sondern bereits 110 Milliarden betragen würde. Dazu kommt noch, daß für die dringende Aufbesserung der Hungergehälter der Staatsarbeiter und Beamten 35 Milliarden erforderlich sind und daß den Städten und Provinzen für ihre Nachzahlungen an die Beamten Vorkasse von 20 bis 30 Milliarden gezahlt werden müssen, wenn die Städte nicht in die tollsten Schwierigkeiten kommen sollen. Das ergibt zusammen einen Etat von etwa 270 Milliarden Mark für das laufende Jahr. Die ganze, ungeheuerliche Steuerbelastung von insgesamt 70 Milliarden, die man aus uns herauszuschinden trachtet, wird also voraussichtlich nur den vierten Teil der festgelegten und unumgänglichen Ausgaben des Reiches decken, wiederum ganz abgesehen von der vervielfachten Anforderung, die der Valutasturz uns aufhast.

Aber welche graufame Zahlen ergeben sich schon aus dem Aufbringen dieses vierten Teils der Reichsausgaben. Neben den mit unerhörlichen Beträgen vorgesehenen Kraftfahrzeug- und Kennzeichensteuern stehen als hauptsächlichste Einnahmequellen in dem neuen Steuerentwurf, der ziemlich unverändert aus der Zeit der ersten Wirthsregierung übernommen wurde, folgende indirekte Steuern an erster Stelle:

	Millionen Mark
Erhöhung der Umsatzsteuer	25 000
Erhöhung der Rohlensteuer	9 000
Zuckersteuer und Zuckerverkehrssteuer	1 100
Branntweinmonopolüberschuß	6 000
Biersteuer	600
Tabaksteuer	2 700
Erhöhte Zolleinnahmen	600
Sonstige indirekte Steuern (Leuchtmittel, Mineralwasser, Salz, Wein, Essig usw.)	1 760
Summa	46 460

Daneben berechnet man den 10prozentigen Abzug als Steuer vom Lohn und Gehalt der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf rund 9 Milliarden Mark. Schon hier ergibt sich eine Gegenüber-

stellung, die von ganz unerhörter Wirksamkeit sein müßte. Wenn nämlich nach Berechnung der Steuerbehörden, die sich ja auf die getauerten Angaben der Unternehmer über die Löhne und Gehälter ihrer Arbeiter und Angestellten stützen, 9 Milliarden Mark den zehnten Teil der Lohnsumme der Arbeiter und Angestellten in Deutschland ausmachen, so ist leicht zu berechnen, welchen Teil des Einkommens der Arbeiter und Angestellten die 46 Milliarden Steuern ausmachen, die das Reich durch die infamen indirekten Steuern, die wir aufzählten, aus den arbeitenden Volksmassen herauspressen will. Sind 9 Milliarden gleich 10 Prozent des Lohns, so sind 46 Milliarden das fünffache, also 50 Prozent der gesamten Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten.

Die Regierung schreckt also nicht davor zurück, den Arbeitern und Angestellten, nachdem sie ihnen durch die direkte Steuer des Lohnabzuges bereits 10 Prozent ihres Einkommens genommen haben, ihnen durch die niederträchtigen hinterhältigen Methoden des indirekten Zoll- und Steuerverfahrens auf dem Wege der Preisverhöhungen noch weitere 50 Proz., also die glatte Hälfte ihres Lohnes und Gehaltes für die Zwecke der kapitalistischen Regierungsgewalt zu entreißen. Die sich daraus ergebende Tatsache, daß alle Waren, die wir kaufen, durchschnittlich eine Verdoppelung des Preises nur durch Steuerbelastung erfahren haben, werden noch im einzelnen in weiteren Artikeln durch traffe Beispiele aufreizendster Art belegt werden können.

Hier soll nur neben dieser Ungeheuerlichkeit noch die Tatsache festgestellt werden, daß die Bestimmungen, für die ein 10prozentiger Abzug vom Einkommen nicht durchgeführt wird, durch die neuen direkten Steuerarten in ganz unverhältnismäßig geringerer Weise in Anspruch genommen werden.

All die schönen „Beispielen“ mit den volltönenden Namen: Abgabe von Vermögenszuwachs, Kapitalverkehrssteuer, Körperschaftsteuer und „veredeltes“ Reichsnotopfer sollen nach dem Voranschlag zusammen nur den Betrag von 14 Milliarden bringen, also nur wenig mehr, als allein der Lohnabzug für Arbeiter und Angestellte ausmacht. Dabei wagen es aber die bürgerlichen Parteien allezeit immer wieder, mit frecher Stirn zu behaupten, daß der Besitz bereits bis an die Grenze des Möglichen und Erträglichsten belastet sei. Ob es für die Profeten noch erträglich ist, nach 10 Prozent Steuerabzug vom Lohn nochmals durch Verdoppelung aller Preise für sämtliche Waren- und Gebrauchsgegenstände die Hälfte des Einkommens dem Reiche herzugeben, darum kümmern sich die Vertreter der Ausbeuter in den Parlamenten keinen Augenblick. Vorläufig können sie ihr graujames Spiel ja noch treiben, da sich die Massen des arbeitenden Volkes der juchzenden Laufen, die sie aufbringen müssen, der jehannoischen Methoden, durch die man die Milliarden aus ihnen herausquetscht, noch nicht bewußt sind.

Das Schändlichste aber an dieser ganzen elenden Steuermauer ist, daß diese neuen ungeheuerlichen Steuererfindungen, wie die brutale preissteigernde Umsatzsteuer, die das Wirtschaftsleben zerrütende und die ganze Produktion verteuerende Kohlensteuer und alle die anderen Steuern auf die täglichen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände der breiten Massen, von Sozialdemokraten verantwortlich vorgeschlagen und vertreten werden. Die Gewerkschaftsführer Gustav Bauer und Robert Schmidt und der sozialistische Minister Dr. Gradnauer haben diese Steuergemeinheiten mit ausarbeiten helfen und auch die neuen sozialistischen Minister Dr. A. Hüner und Professor Labriola haben sich nicht, sie als Regierungsleute dem arbeitenden Volke gegenüber zu vertreten. Die über die jetzigen Preissteigerungen auf Grund des Wertminderungs noch hinausgehenden neuen Besteuerungen aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände durch die neuen Steuern werden aber durch eine neue Welle der Not und des Elends ein geeignetes Mittel sein, nicht nur den Indifferenten, sondern auch den sozialdemokratischen Arbeitern die Augen zu öffnen für das vollstündliche rücksichtslose Treiben ihrer bisherigen Führer.

Die Januarrate muß gezahlt werden.

Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus Paris telegraphieren:

Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ berichtet, daß die Reparationskommission der deutschen Regierung erst im Herbst die Untersuchungen über die wirtschaftlichen und Finanzverhältnisse des Deutschen Reiches hätte abzuwickeln, daß Deutschland die Januarrate ohne Abzug zahlen kann. (1) Die deutsche Industrie müßte der Regierung durch Hergabe der fremden Devisen die sich im Besitz der Großindustrie befinden, zu Hilfe kommen. Die Großindustrie hätte sich zu entscheiden, ob sie diese Hilfe aus eigenem Willen leisten wolle, oder ob sie es vorziehe, durch den Druck der Alliierten und die von der Regierung durchgeführten Beschlagnahme des Privatbesitzes (?) gezwungen zu werden.

Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt in dieser Richtung, es dürfte können, daß die nötigen Devisen sich im Besitz des deutschen Kapitals befinden, man kann bloß kein Mittel, um das festzustellen. Das Finanzamt. Solange die Devisen der freien Verfügung der Unternehmer überlassen werden, wird die Regierung das Vorhandensein der Wertpapiere nicht nachprüfen können. Im übrigen ist es wahrscheinlich, daß die Jahresrate die Devisen nicht ohne Gegenleistung wird hergeben wollen. Die Kapitalisten werden erneut ihre Bedingungen stellen. Um so mehr muß die Arbeiterklasse darauf drängen, daß durch die Erlassung der Sachverhalte die Reparationszahlungen nicht auf Kosten der Arbeiterklasse gezahlt werden.

Industriekapital und die Forderungen des ADGB.

Der Scherische „Tag“ hat, um etwas zu den Forderungen des ADGB. schreiben zu können, einen „Schwachsinn“, nämlich einen sozialdemokratischen heranzog und sprach:

„Unser Schwachsinn hat es für nötig angesehen, daß die Industrie mit den Gewerkschaften auf Grundlage dieser Forderungen ernstlich verhandeln kann. Die Forderungen, über die Verhandlungen in keiner Richtung in Frage kommen, sind die Punkte 7 und 8. Insbesondere das Reichsverbandes war man sich klar darüber, daß auf den Stoff der Bedingungen der Industrie ein Gegenstoß erfolgen

müßte. Es fragt sich nun, wer der Stärkere bleibt. Der Reichsverband — das ist von uns oft genug hervorgehoben worden — wünscht selbstverständlich in erster Linie Verhandlungen mit den Gewerkschaften, aber Verhandlungen auf sachlicher Grundlage. Solche Verhandlungen haben jedoch nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Gewerkschaften gewillt sind, geleitet von dem Bestreben, mit gutem Willen nach einer Lösung zu suchen, an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und an der Kreditaktion der Industrie, die doch nur dieser Opfer auferlegt, ernstlich mitzuarbeiten. Man darf natürlich die Forderungen der Gewerkschaften auch nicht überschätzen. Schon in aller Kürze wird es sich zeigen, ob die Gewerkschaften gewillt sind, den Weg mit suchen zu helfen, der uns an dem Zusammenbruch vorbeiführt.“

Das Industriekapital wünscht mit den Gewerkschaften „Verhandlungen auf sachlicher Grundlage“: d. h. die Kapitulation des ADGB. gegenüber den Erpressungen der Industriemagnaten. Das gesamte Proletariat steht geschlossen hinter den Forderungen des ADGB., es vertritt mit dessen Forderungen die Lebensinteressen der gesamten Werktätigen Deutschlands, es will dem Reiche die Möglichkeit schaffen, Geldwerte zu erfassen, es will die Reichseisenbahn vor den Klauen des Privatkapitals schützen. Das ist unsere „sachliche Grundlage“; von der aus wird nicht diskutiert, aber das gesamte Proletariat ist bereit, für sie zu kämpfen mit allen Mitteln.

Berliner Eisenbahner gegen Stinnes.

Berlin, 18. November.

In einer Versammlung der Berliner Eisenbahner kam die Stimmung der Eisenbahner zum Ausdruck. Unter riesenhaftem Beifall wurde den Ausführungen des Vorsitzenden zugestimmt, als er sagte, daß die Stinnesierung sofort mit dem Generalstreik beantwortet werden würde, wenn die Uebergabe der Staatsbetriebe in die Hände des Großkapitals in die Tat umgesetzt werden sollte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung erheben ganz energische Protest gegen diese willkürliche Enteignung und Auslieferung dieses Macht-faktors „Berkehr“ an die profitgierige Großindustrie, die dadurch das deutsche Proletariat vollständig unter ihre Kluwe zwingen wird. Unsere maßgebenden Organisationen, Gewerkschaften, sowie politische Parteien beauftragen wir, sofort das gesamte deutsche Proletariat auf diese Gefahr aufmerksam zu machen und alle Vorbereitungen zu treffen, um der Entstaatlichung der Eisenbahn mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Wir streben als Proletarier nach der Sozialisierung und hier sehen wir eine immer mehr um sich greifende Kapitalisierung der deutschen Wirtschaft.

Wir erklären, daß wir fest entschlossen sind, bei eventl. Durchführung dieses Planes des Reichsverbandes der Industrie sofort mit dem Generalstreik zu antworten.

Um den mir durch die Schuld der Kriegsheke, wozu auch der Reichsverband der Industrie gehört, uns auferlegten Forderungen der Wiedergutmachung nachzukommen, fordern wir die sofortige Erlassung der Gold- und Sachwerte, auf daß auch die tatsächlich Schuldigen an unserem Elend die Lasten allein tragen.

Neue Hungerrevolten in Berlin.

Berlin, 18. November.

Wie wir voraussetzten, hat der nagende Hunger die Berliner Erwerbslosen zu neuen Verzweiflungstaten getrieben. Am gestrigen Donnerstag haben sich die Entproletierungen in Lebensmittelgeschäften in mehreren Berliner Stadtteilen wiederholt.

Um 11 Uhr vormittags sammelten sich einige hundert Arbeitslose auf dem Koppenplatz und machten Miene, in zwei kleinere Lebensmittelgeschäfte einzudringen. Da die Besitzer jedoch die Vollpolizei heranzurufen, wurde ein Eindringen der Hungernden verhindert. Ähnlich verhielt es sich vor einem Lebensmittelgeschäft in der Zupaldenstraße.

Gegen 10½ Uhr vormittags sammelten sich vor dem Rathaus in Prenzlauer Berg über 500 Erwerbslose an, die aber von einem Kommando Schutzpolizei ohne Zwischenfall zerstreut wurden.

Auch in das Köpenicker Reichshaus verjagte ein Trupp Arbeitslose einzudringen, um die sofortige Auszahlung einer Unterstützung zu erzwängen. Zwei dorthin laufende Autostraßen der Polizei löste die Demonstration auf.

In anderen Vororten kam es jedoch in der Schönhauser Allee 114. Dort war eine größere Anzahl Demonstranten in ein Lebensmittelgeschäft eingedrungen, um sich die aufgehobenen Fleisch- und Wurstwaren anzueignen. Eine Schar der Schutzpolizei verjagte fünf Demonstranten.

Diese spontan zu aller Zeit überall ausbrechenden Hungerrevolten bezeugen wie große Schlaglichter den ganzen Ernst der wirtschaftlichen und politischen Situation für das Proletariat. Die prägende Bourgeoisie, nur darauf bedacht, ihre Geldsäckle zu füllen, rührt keinen Finger, um dem entsetzlichen Elend der Arbeiterklasse abzuhelfen. Im Gegenteil. Die Ausplünderung und Ausbeutung der Arbeiterklasse wird mit verächtlich weitergetrieben. Um die eigenen Taschen zu schonen, ist das Proletariat durch den Hunger demoralisiert, zum willenlosen Sklavensdaven niedergezwungen werden.

Die Bourgeoisie, die Unternehmer und Großagrarier sollten antworten. Der revoltierende Hunger ist ein warnendes Zeichen. Der Arbeiterkampf werden die Verzweiflungstaten ihrer erwerbslosen Kameraden ein Signal sein, die Herrschaft der geschlossenen Arbeiterschaft zu beenden. Das gesamte Proletariat wird sich mit den Hungernden solidarisieren, trotz des Scheiterns der Hungerkämpfe und menschenwürdigen Forderungen über den „plündernden Neb“. Nur die Arbeiterschaft ist es jetzt, die brechende Aufgabe der Stunde zu lösen, wenn ihre Reichen nicht weiter demoralisiert werden sollen. Die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien müssen gezwungen werden, das gesamte Proletariat zu einer sofortigen Abwehraktion anzuführen und anzuführen. Die Arbeiterklasse darf nicht einen einzigen Tag weinender Verzweiflung dulden.

Abgelehntes Mißtrauensvotum gegen die sächsische Regierung.

TU. Dresden, 17. November.

In der heutigen Landtags-Sitzung fand als erster Punkt das dem sächsischen bürgerlichen Parteien gegen die Ministerpräsidenten (Zimmern), Fleißner (Kultur) und Jödel (Arbeit) eingebrachte Mißtrauensvotum zur Debatte. Alle Parteien beteiligten sich an der Aussprache. Während die bürgerlichen Parteien geschlossen ihrem sächsischen Mißtrauen Ausdruck gaben, beschränkten sich die Reichssozialdemokraten und die Unabhängigen mit einer gemeinsamen Erklärung, daß sie sich dem Mißtrauensvotum nicht anschließen. Die kommunistische Fraktion erklärte, in dem Mißtrauensvotum den ersten Schritt zur Festsetzung einer Schmachtsession auch in Sachen zu erblicken, und daher sich auf einen ablehnenden Entschluß fassen zu müssen. In der Abstimmung stimmten die Minister Fleißner (Kultur) und Jödel (Arbeit)

(Wirtschaft, die beide Abgeordnete sind, gemeinsam mit den Fraktionen der Mehrheitssozialdemokraten, der Unabhängigen und Kommunisten gegen das Mißtrauensvotum, das mit 47 gegen 46 Stimmen abgelehnt wurde.

Dresden, 17. November.

Die von der kommunistischen Fraktion abgegebene Erklärung lautet:

Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages erblickt in dem Mißtrauensvotum der Deutschnationalen gegen die unabhängigen Minister Fleißner, Jödel und Jödel, unter abschließlicher Schonung der sozialdemokratischen Minister, den Versuch, auch in Sachsen eine Stinneskoalition herbeizuführen.

Die Angriffe des geschlossenen Bürgerblocks auf die Neukürungen der unabhängigen Minister zeigen, daß das Bürgertum ohne Unterschied der Parteien selbst die schwächsten Vorstöße gegen ihre althergebrachten Privilegien sofort mit dem Gegenangriff beantwortet. Die kommunistische Fraktion stellt deshalb fest, daß es das Interesse der gesamten Arbeiterklasse unbedingt erfordert, daß die Angriffe der bürgerlichen Parteien pariert werden müssen.

Die kommunistische Fraktion stellt weiter fest, daß die unabhängigen Minister den bürgerlichen Angriffen auszuweichen versuchten und sogar aus Furcht vor neuen Konflikten ihre eigenen Parteiprogramme verleugneten.

Die Interessen des Proletariats erfordern nicht Ausweichen vor den Angriffen der bürgerlichen Parteien, sondern in schärfster Tätigkeit gegen die Organe durch Säuberung der Verwaltung, Polizei und Justiz, die Enttarnung und Auflösung der illegalen Organisationen der Bourgeoisie, die Anwendung der revolutionären Gewalt gegen die konterrevolutionäre Gewalt und energische Maßnahmen zum Schutze des Achtstundentages.

Die kommunistische Fraktion fordert die sozialistische Regierung auf, den Kampf der Arbeiter durch eine aktive antikapitalistische revolutionäre Politik zu fördern. Sie wird in diesem Kampfe die sozialistische Regierung sowohl im Parlament, wie auch außerhalb des Parlaments unterstützen.

Die Washingtoner Aufteilungskonferenz.

Gleichzeitig mit den Regierungsvertretern der verhandelnden Staaten ist ein Schwarm von Journalisten in Washington angekommen. Bernhard Shaw hat in der Londoner „Nation“ die Schale seines Spottes über den englischen Teil der Schreibsöldlinge ausgegossen. Jedenfalls schickt dieser enge, rührige, konkurrenzwitige edle Kreis eine Fülle von Nachrichten über halb Erlaushies, Tendenzmeldungen, die ihnen eingeklinkert worden sind, in die Welt, die alle zu registrieren unmöglich und unsinnig wäre.

Wenn jetzt z. B. gemunkelt wird, was Herr Harding oder Herr Briand morgen voraussichtlich sagen werden, so kann man ruhig auf die Wiedergabe dieser Meldungen verzichten, weil selbst das, was Herr Harding und Herr Briand wirklich sagen werden, nicht allzu wichtig ist. Die Reden, die die Herren vor aller Öffentlichkeit halten, sind Demonstrationen, die über die kaffischen Gegensätze und die wahren Absichten hinwegtäuschen sollen. Die eigentliche Arbeit wird im Geheimen geleistet, dort wird geschachert um die Vorteile und die Schacherobjekte, das sind die ohnmächtigen oder schwachen Staaten: China, Deutschland, Rußland u. s. f.

Soviel geht aus der oansen Haltung der englischen und japanischen Vertreter auf der Konferenz hervor: daß die englische Regierung entschlossen ist, zu einem vorläufigen Einberufen mit Amerika zu kommen, und zwar — auch wieder vorläufig und mit stillem Vorbehalt — auf Kosten der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht Japans. Das kapitalistische England braucht eine Atempause, es braucht die Wiedergewinnung alter Märkte und die Eroberung neuer; denn die Wirtschaftskrise zehrt an seinem Mark. Wie die Abrüstungsfrage mit der Frage des Fernen Ostens verbunden ist, so sind beide nicht zu „lösen“ ohne die europäische Frage. Bei der Aufstellung dieser Frage werden die englischen Vertreter die große „Ueberraschung“ bieten. Es handelt sich um die Kontrolle Deutschlands: ob sie eine französisch-amerikanische oder eine englische Kontrolle sein soll. Das Schicksal der Konferenz ist in höherem Grade abhängig von der „Lösung“ der europäischen Frage als von den Fragen des Fernen Ostens oder der Abrüstung.

EE Washington, 17. November.

„Associated Press“ meldet: Die amerikanische Regierung beabsichtigt nicht der Konferenz bestimmte Vorschläge für die Abrüstung zu Lande zu unterbreiten, ebenso wird keine der fremden Delegationen bestimmte Vorschläge in dieser Richtung machen. Briand gab bekannt, daß er darauf dringen werde, daß Frankreich eine genügend starke Armee, die die Sicherheit des Landes gewährleisten, behalten wolle. Die ganze Frage der Abrüstung wird der Abrüstungskommission überwiesen werden.

EE Washington, 17. November.

Die Führer der verschiedenen Abordnungen traten heute vormittag zu einer Kommissionsitzung zusammen, um darüber zu beschließen, ob man bei der Besprechung der chinesischen Frage das von der chinesischen Delegation überreichte Memorandum zur Grundlage nehmen oder die ganze Frage in der Weise regeln solle, wie es bei Einberufung der Konferenz in Aussicht genommen war.

Über den Standpunkt der japanischen Regierung erzählt man, daß diese die im Laufe der beiden letzten Kriegserwerbungen Rechte und Einflüsse Japans weiterhin behalten will, während die Vereinigten Staaten die volle territoriale Unverletzlichkeit des ganzen chinesischen Gebietes und die Rückgabe der von fremden Staaten besetzten Gebiete fordern. Der amerikanische und der japanische Standpunkt gehen also in dieser Angelegenheit weit auseinander. Man glaubt, daß Amerika vor allem fordern werde, daß China seine 18 Provinzen wieder zurückhalte, dann erst wäre ein Abkommen mit Japan auf folgender Grundlage möglich: Japan würde die Verwaltung an China zurückgeben, würde aber seine Rechte auf die manchesterische Eisenbahn behalten, womit zugleich ein Fortschritt der Ueberlegenheit Japans in der Handelskrieg verbunden wäre. Die Haltung der chinesischen Vertreter in der manchesterischen Frage ist noch unbestimmt, man glaubt aber, daß sie sich in dieser Frage nachgiebig zeigen werden. Dagegen werden sie sich scharf dem Standpunkt Japans, daß dessen Vorkriegsstellung im übrigen China aufrechterhalten bleiben müsse, widersetzen.

Die Ernährungskatastrophe in Deutschland.

Reichstagsführung vom 17. November.

Nach Bekanntgabe einiger Interpellationen der Deutschen über die Bekämpfung der Hunger- und Schmutzplagen, über die Wirtschaftslage in Ostpreußen und die Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens ohne Zustimmung des Reichstags, Interpellationen, die in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden sollen, wurde das Gesetz zur Änderung der Bekämpfung über ausländische Wertpapiere ohne Aussprache in allen drei Lesungen und das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen dem Kriegsbeschädigtenausschuß überwiesen.

Hierauf wurde die Aussprache über die Ernährungsfrage fortgesetzt. Der deutschnationale Abg. Hepp beklagte sich mit der bekannnten agrarischen Demagogie über die Hege gegen die uneigennützig Landwirtschaft. Dies Kind — kein Engel ist so rein! Schuld an dem Preiswucher des Agrarkapitals ist das Minimum von London, der Ausverkauf Deutschlands durch die Ausländer und das jüdische Handelskapital, das jetzt sogar die deutschen Lebensmittel im Ausland zu niedrigen Weltmarktpreisen anbietet. Der Rappjünger besaß sogar die Sitten, den Märzstreik im Rheinland für den Rückgang der Ernte verantwortlich zu machen. Ihm folgte der novemberdemokratische Abg. Dr. Schumann, der nach bekannnter Demokratiemaniere mit einerseits und andererseits jonglierte, um schließlich alle vorliegenden Anträge als unerbittlich zurückzuweisen. Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt bedauerte, den Umfang der Preissteigerung. Die Regierung könne aber dagegen nichts tun, da die Entwertung der Mark die Ursache sei. Wir gingen Weltmarktpreisen entgegen. Vorläufig seien aber die inländischen Produktionskosten noch viel niedriger als die im Ausland. Der Kartoffelpreis sei viel zu hoch. Weizenmehl koste das Dreifache des Friedenspreises.

Schuld an diesen Dingen haben auch die Angstläufe breiter Bevölkerungsmassen und der Grenzgebietsverkehr. Im Jahre 1920 sind 2492 Personen wegen Wuchers verurteilt worden, davon 5036 zu je einem Monat Gefängnis und 24 zu Zuchthausstrafen. Es herrscht tatsächlich große Not und Armut im Volk. Der Fleischverbrauch in Deutschland ist im ersten Halbjahr 1920/21 um 60 Prozent gegen das Vorjahr zurückgegangen. Nach Trauer sei der Rückgang bei der Einfuhr von Vieh, Butter und Eiern. Die Löhne und Gehälter seien hinter den Preissteigerungen zurückgeblieben. Gegen strapellose Ausbeuter der Volkstrot müsse rücksichtslos vorgegangen werden.

Nachdem der bayerische Volksparteier Genauer die Landwirtschaft erneut als blütenweiße Unschuld hingestellt hatte, hielt es der unausprechliche Ernährungsminister Dr. Hermes abermals für notwendig, sich bei den Agrariern lieb Kind zu machen. Es seien zweieinhalb Millionen Zentner Kartoffeln sichergestellt, und die Stichtofflieferung sei trotz der Spannerkatastrophe jetzt günstiger als vorher. Der unabhängige Antrag auf Erhöhung der Ration von 200 und 260 Gramm pro Tag müsse abgelehnt werden, weil dadurch bis zum 1. August 1922 eine Mehrausgabe von 12,8 Milliarden Mark für das Reich entstehen würde, und für diese Zwecke habe das Reich kein Geld. Auf Hermes folgte unser Genosse Kemmerle, der den Eier bei den Hörnern pakte und den bürgerlichen Parteien, insbesondere den Rechtsparteien, das wahre Gesicht der heutigen Lage zeichnete. Er erinnerte wirkungslos an Vorgänge in früheren vorrevolutionären Zeitaltern, wo das agrarische Junkertum wegen seines Nahrungsmittelwuchers vom verhungerten Volk einfach an die Laternenpfähle geknüpft wurde.

Wir lassen nun Genossen Kemmerles Rede weiter unten ausführlicher folgen. Der Kommunist a. D. Reich sprach für die Arbeitergemeinschaft und kündigte den Wuchern die Abrechnung der Arbeitermassen an. Der bayerische Bauernbündler Bachmeier brandmarkte selbst das wucherische Verhalten eines Teiles der Landwirte und führte lebhafte Klage über die ungerechte Verteilung der Umlage, die vielen Kleinbauern nicht einmal den notwendigen Lebensmittelnachschub für die eigenen Familien lasse. Das Schlusswort für die Deutschnationalen hielt Krüger, der ziemlich provokatorisch auftrat und die Ernährungsnot der Bevölkerung als eine Agitationspropaganda der Kommunisten bezeichnete. Dem frechen Junker wurde durch Zwischenrufe nichts geschenkt. Für die Sozialdemokraten sprach als Letzte Frau Bohm-Schuch, die die alten Klagen wiederholte und glaubte, den Agrariern durch den Hinweis heilkommen zu können, daß diese durch ihre Preistreiberien das Volk erneut in die Revolution hineintrieben. Die Vorgänge in Neußöden seien ein herabes Zeichen für die Stimmung der Massen. Trotz der trostlosen Zukunft ihres Parteigenossen Hob. Schmidt als Wirtschaftsminister, wußte sie sich aber keinen anderen Rat, als erneut an die Regierungsmacht zu appellieren, und zwar mit der Drohung, daß sonst dem deutschen Volk die letzte Möglichkeit genommen werde, wieder hochzukommen. Die Kommunisten hatten inzwischen folgenden Antrag gestellt:

„Die Erklärung des Reichsernährungsministers Dr. Hermes zu der vorliegenden Interpellation über die Ernährungsprobleme

entspreche nicht den Anschauungen des Reichstags. Der Reichstag mißbilligt das Verhalten des Ministers Dr. Hermes.“

Die großen Eide der Rechtssozialisten von vorn erörtern nun auf einmal in der Trompete. Sie, die vorher noch so tapfer mit ihrem Pappschwert in der Luft herumgeschwungen hatten, bekamen das Klappern im Gebell. So stimmten sie mit dem gesamten Bürgertum, einschließlich der Agrarier, für die Beibehaltung des Reichsministers gegen die Ernährung. Sie sind also in der Praxis für die Beibehaltung und Verschärfung der Hungernot in Deutschland, was wir als gewissenhafte Chronisten hiermit festgenagelt haben wollen!

Genosse Kemmerle:

Die zweiwöchige Debatte ist der beste Beweis für den vollkommenen Bankrott der Ernährung in Deutschland. Niemand kann es mehr bestreiten, selbst der Beschäftigungsminister Dr. Hermes nicht. Wer ist schuld an der Ernährungsnot? Darüber herrscht selbst in der Reichsbürgertlichen Regierungskoalition keine Einigkeit. Die Sozialdemokraten schimpfen auf die Junker, die Koalitionsgenossen nehmen die Agrarier in Schutz, müssen sich aber trotzdem zu einer kniefälligen Bitte an die Junker bequemen. Ihr Standpunkt — zurück zur Zwangswirtschaft! — müßte notwendigerweise zum Rücktritt des Ernährungsministers Dr. Hermes führen. (Zuruf von den Deutschnationalen: „Da werden Sie Landwirtschaftsminister!“). Dazu bin ich bereit, aber erst, wenn Ihr dort seid, wohin Ihr gehört, Ihr Verbrecher am deutschen Volke! (Ordnungsruß!) Daß Dr. Hermes trotz seiner Leistungen nun auch noch das Finanzministerium bekommen hat, kennzeichnet die Entwicklung in Deutschland.

Er ist der typische Minister für den Bankrott

und zweifellos an seinem richtigen Platz. Er schwärmt für Weltmarktpreise, sagt aber kein Erbenschwörtchen über Weltmarktpreise für die Arbeiter und Angehörigen. Heute haben die deutschen Arbeiter die niedrigsten Löhne in der ganzen Welt. Trotz sachverständiger Urteile, die auf 15—20 Prozent Erzeugerkosten für den Zentner lauten, hat die Regierung den Kartoffelpreis auf 50 Mark bemessen. Trotzdem werden heute

110—120 Mark für den Zentner Kartoffeln

in Berlin gefordert. Woju also die Arbeit der Preisfestsetzung im Ministerium? Ist das kein Wucher? Aber dieser Wucher wird nicht verfolgt! Würde man es tun, so würden alle Gefängnisse und Zuchthäuser in Deutschland zur Aufnahme der Volkswucherer dieser Art nicht ausreichen. Freilich, die Zuchthäuser sind ja für arme, zur Verzweiflung getriebene Proletarier da.

Die Kartoffelwirtschaft ist zusammengebrochen trotz freier Wirtschaft. Beide, freie Wirtschaft und Zwangswirtschaft führen zum Bankrott der Volksernährung. Warum? Weil die Ernährungsnot nur die natürliche Begleiterscheinung für den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft, die auf der Profitwirtschaft beruht, ist. Ihre Zwangswirtschaft hat weder mit Zwang noch mit Wirtschaft etwas zu tun. Denn sie beschränkt sich lediglich auf die Erfassung und Preisgestaltung der Erzeugnisse. Produktionsregeln oder bestimmend war sie nicht. Deshalb mußte sie zusammenbrechen. Ebenso verlogen wie die Zwangswirtschaft ist der Schlachtruf der Junker für die freie Wirtschaft. Denn diese besteht nur in dem Recht der Agrarier die Preise beliebig hoch zu schrauben und das Volk bis zum letzten Blutstropfen auszusaugen. Die Freiheit, die wir Kommunisten meinen, steht vor:

Zwangsbewirtschaftung aller großen Güter, Zwangsbe-
wirtschaftung der gesamten Großindustrie und des Berg-
baus durch den Staat, Ueberführung aller Produktions-
mittel des Großgrundbesitzes und des Großkapitals in
die Hände des Staats.

Diese Forderungen lassen sich aber nur durch den Kampf der Arbeiter selbst durchsetzen. Heute vermag der Staat nur den Arbeitern keine Macht zu zeigen. Dem Zusammenbruch der Ernährung steht er hilflos wie ein kleines Kind gegenüber. So verhöhnten sie offen das Gesetz über das Getreideumlageverfahren. Sie verkündeten öffentlich, sie würden es nach allen Regeln der Kunst sabotieren. Und, republikanische Landräte und Staatsbeamten waren dabei und versprachen ihre Hilfe gegen das Reich, das sie bezahlt! Ebenso zeigt das Rundschreiben des Reichslandbundes vom 29. Juni 1921 wie die Junker ihre Profitinteressen zu verteidigen entschlossen sind.

Lieferungsfreie, Milchfreie, Bahnfreie,

Einschlag handgehefter Streichposten usw. waren die Forderungen in diesem drückend-nationalen Agrarier-Aufzug.

Die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland zeigt von 1913 bis 1920 einen tiefen Rückgang. Anbaufläche Ernteeertrag, wie Gesamtenergie zeigen erschreckende Rückgangszahlen an. Bei Brotgetreide sank der Ernteeertrag um 32 Prozent, bei Futtergetreide um 33,6 Prozent, bei Kartoffeln um 46,7 Prozent. Zuliefernden sogar um 49,7 Prozent. Durch die Sabotage der Agrarier ist die Getreideernte um mehr als ein Drittel, die Kartoffelernte um nahezu die Hälfte zurückgegangen. Noch erschreckender ist der Rückgang des Konsums. Der Fleischverbrauch sank in den Jahren 1913—1920 von 52 auf 20 Kilo. Der Mehlverbrauch von 125 auf 83, der Foderverbrauch von 19 auf 14 Kilo pro Kopf. D. h., daß die münderbemittelten Volkschichten in Deutschland dreimal schlechter ernährt, dreimal verelendeter sind

gegenüber der Vorkriegszeit. Keine Arbeiterschaft der Welt läßt sich eine so grenzenlose Verelendung gefallen. Keine läßt sich auf die Stufe der deutschen Bedürfnislosigkeit herabdrücken. Ueber die von Frau Abg. Wurm vorgetragene Glendbilderei wagte sich die Rechte noch lustig zu machen. Wenn ihr das Glend und die Not breiter Arbeitermassen Erheiterung bringt, so darf sie sich nicht wundern, wenn eines Tages das so gequälte und oberdrein verpöbelte Volk sich zu seiner Erheiterung

solche komische Figuren am Laternenpfahl aufhängen würde. Die Geschichte der Revolution, die stets mit Hungerrebellien begannen, enthält viele Beispiele ähnlicher Vorgänge. Und Neußöden ist ein warnendes Zeichen! Mit Volkseinstimmigkeit und Zuchthäusern und Moralinensäure läßt sich gegen den Hunger nicht ankämpfen. Die Redakteure der unabhängigen „Freiheit“ müßten wissen, daß die verzweifeltsten Proletarier in Neußöden nicht aus Lust am Mordern geplündert haben sondern getrieben von dem nacktesten, tierischen Hunger. Hat doch der Deutschnationaler Ober v. Braun öffentlich verkündet müssen, daß in Deutsch-

land für 35 Millionen = 58 Prozent der Bevölkerung kein Brot vorhanden ist.

Das arbeitende Volk Deutschlands steht also vor dem Verhungern. Und warum? Bringt der deutsche Boden nicht mehr so viel hervor wie früher? Nein, der Boden würde das Drei- und Vierfache der heutigen Ernte erzeugen, wenn die Profitsucht des Großagrariers nicht wäre. Die Klein- und Mittelbauern tun, was sie können — aber der Großgrundbesitz sabotiert, verwandelt Ackerland in Viehhöfe. Die Statistik spricht hier herbe Zahlen. Es ist niemand im Reichstag, der nicht eingesteht, daß es nicht so weitergehen kann. Was ist zu tun? Die Junker fordern freie Wirtschaft, damit sie noch besser sabotieren und wuchern können. Das regierende Kleinbürgertum schreit „zurück zur Landwirtschaft“, trotz ihres offensichtlichen Bankrotts. Einseitige Leute im Reichswirtschaftsrat fordern Dünger- und Anbauzwang für die großen Güter, die heute vielfach nicht bestellt werden. Aber auch diese Reformvorschlüge führen nicht zum Ziel, solange den Saboteuren das freie Verfügungsrecht über Grund und Boden überlassen bleibt. Weit wichtiger als alle Finanzfragen ist für Deutschland die Wirtschaftsfrage. Und nicht leicht die Ernährungsfrage, die eine vernünftige Agrarpolitik gebietetisch verlangt. Und diese kann nur bestehen in

Enteignung aller großen Güter und deren Bewirtschaftung durch den Staat. Anbau nach den Bedürfnissen der Volksernährung, Enteignung der chemischen Industrie für künstliche Düngungsmittel, weitestgehende Unterstellung der mittleren und kleineren Bauern zur Wiederherstellung ihrer durch den Krieg zerrütteten Wirtschaft, durch Lieferung von billigen Düngemitteln, Ackergeräten und Maschinen, und Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens.

Diese Forderungen stellen wir Kommunisten hier im Parlament. Sie allein verhüten Rettung aus der trostlosen Ernährungsfrage. Diesen Weg können und werden aber die Verfechter der kapitalistischen Ordnung nicht gehen. Lieber lassen sie die Volksmassen dem Hunger überfallen. Diese Massen haben nichts zu verlieren als ihre Ketten — aber eine ganze Welt zu gewinnen. Eine ganze Welt samt der segenbringenden Mutter Erde, die gerne hundertfältige Frucht und allen Menschen Brot und Nahrung gibt. (Beifall bei den Kommunisten.)

Die Sitzung des preussischen Landtags.

Nach kurzer Aussprache wird eine Reihe kleinerer Vorlagen, betreffend Änderung der Amtsgerichtsbezirke, Besatz und Treuenbrücken, Änderung der Gesetze betreffend die Ab-
lösung von Reallasten, Befehlsgewalt betreffend Ergänzung der
Verordnung über die Zwangsauflösung der Familienquiere
und Hausvermögen vom 19. November 1920 erledigt. Der Ge-
setzentwurf über den Sitz des Landesinstituts für die
Provinz Schleswig-Holstein wird nach Aussprache an den Siche-
lungsausschuß überwiesen.

Die Abstimmung über das

Vertrauensvotum für die neue Regierung

folgt nunmehr. Es werden 297 Stimmen ab-
gegeben, von denen 198 der Regierung ihr
Vertrauen ausprechen, 99 Stimmen dagegen.
Zur Geschäftsordnung beauftragte Genossin Wolstein,
auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die Anfragen und
Anträge der Kommunisten über den

Etrafvollzug und die Behandlung der politischen
Gefangenen

zu setzen. Der in Lichtenberg seit Sonnabend ausgebrochene
Hungerstreik gibt dringend Veranlassung dazu. (Der
Präsident unterbricht.) Gen. Wolstein verfuhr noch zur
Vergütung dieses Antrages kurz die Schmach und Schande
des Lichtenburger Vorkommnisses zu gesehn, wird aber fort-
gesetzt von der Glode des Präsidenten unterbrochen.

In der Abstimmung wird der Antrag der Kommunisten
gegen die Stimmen der SPD, UZR und SPD, abgelehnt.
Präsident Leinert (SPD) stimmt mit der Mehrheit und ruft
seiner Fraktion zu: „Wie könnt Ihr für den Antrag stimmen,
wer hat Euch das Signal gegeben?“

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagy.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein

Nachdruck verboten.

Marczibay schüttelte sich, wie ein im Wald kämpfender
Büffel, um die armeneligen Wölfe von sich abzuwehren.

„Lassen Sie mich einsperren!“ — schraubte er leuchtend. —
„Lassen Sie mich einsperren!“ Ich betrog! Ich betrauerte!
Ich, Martin von Marczibay! Lassen Sie mich einsperren!“

„Ich bitte Sie, schauen Sie doch, ich bitte Sie herzlich,
schreiben Sie nicht so, beruhigen Sie sich doch, es hat keinen
Sinn... Es hat keinen Sinn, daß wir so sprechen. Ich will
Ihr Verderben nicht, schauen Sie, Sie kennen mich ja, wissen,
wer ich bin, ich tue keinen Schritt, lassen wir das Ganze ver-
gessen wir es, ich werde es nicht einmal erwähnen, es geschah
nichts, ich weiß von nichts, Sie können die Sache erledigen, wie
Sie wollen, ich werde nie das Geld verlangen, sprechen wir
kein Wort mehr darüber, verstehen Sie, wir bleiben die Wen-
igen... Kommen Sie doch, gehen wir zu den anderen hin-
über.“

Marczibay sprach kein Wort, aber sein Gesicht war noch
immer finster.

Abel betrat frühlich das Rauchzimmer, es war ihm leicht
zumute, und er war ruhig, als hätte er etwas angenehmes Gutes
gesehen. Es schmerzte ihn nicht einmal mehr, daß man ihm
eigentlich seine Felle, sein Bestium weggenommen habe und
daß er abends in sein Palais heimkehren könne, wo bloß ein
Zimmer ihm gehört und wo er einen Monat lang von zwei-
tausend Kronen leben muß, denn auf Anordnung des Solls-
kommissariats darf ihm die Bank von seinem Vermögen nicht
mehr auszahlen. Während seine Frau... Ah! Er rauchte sich
eine Zigarre an und lauschte dem Gespräch. Die Gäste redeten
von den Bourgeois, zählten deren Sünden auf und
wahrhaftig ihnen eine sehr üble Zukunft. Abel lauschte
sich, beobachtete nicht, wurde allmählich sehr traurig: er
fühlte sich nicht schuldig, und es schmerzte ihn, zu ver-
nehmen, daß auch er zu jenen gehöre, die zugrunde gehen müß-

ten, die Straßentherer werden sollen, oder vor Hunger kre-
pieren.

Da sich die Kommission entfernte und an einem der Ställe
vorbeistrebte, tritten einige Bauern aus dem Dorf gerade mit
den Anheften.

„Auf diese beiden Büffel“ — Klang es heraus — „mußt du
besonders achtgeben, denn die hab ich mir ausgesucht!“

„Was ist denn das?“ — blieb der zwittertragende Mann
aufmerksam lauschend stehen.

Sie erjähren es gar bald. Der Bauer erklärte kurz, da
nun das Gut ihnen allen gehören soll, hat er sich ausgewählt,
was er haben will. Der zwittertragende Mann schob den Hut
aus der kalten Stirne und begann geduldig und lang zu er-
klären, denn er wollte sich mit den Bauern darüber verständigen,
was die genossenschaftliche Bewirtschaftung bedeute. Die Büffel
der Genossenschaft können ebenso nicht Privateigentum eines
einzelnen Individuums sein, wie das ganze Gut nicht einem
oder mehreren gehören könne.

„Diese beiden Borze sind sehr schön“ — erwiderte der eine
Bauer mißbilligend — „aber ich bleib bei meinen beiden
Büffeln.“

Die Vertreter des Volkskommissariats schüttelten die Köpfe,
und der zwittertragende Mann begann mit engelhafter Geduld
abermals von vorne die milde Erklärung, ganz von vorne, um
dem Verständnis des Bauern noch weiter entgegenzukommen.
Nach einigen Worten wurden die Bauern ärgerlich die Köpfe.

„Wir legen die Sache so aus!“

„Dann“ — wandte sich der zwittertragende Mann ab —
„werden Sie es mit dem Appellationsgericht zu tun bekommen.“

„Auch so ist's gut!“ Ich sehe schon, auch dies ist eine
Saunerei der Herren!“

Der Bauers Augen blühten, er schaute trotz der ständigen
Arbeiter im Gesicht. Diese begannen abermals mit großer
Gebuld: „Schaut doch...“

„Ich schau gar nichts mehr, hab schon Saunereien genug
gesehen.“

Die Kommission beharrte unerschütterlich.
Marczibay stellte sich mit seinem schweren Körper den
Bauern vor die Nase. Er stemmte die Hände in die Seite,
schante zu ihm nieder. Geradeaus in die Augen,

„Bad dich!“ — sagte er und starrte ihm weiter unentwegt
ins Gesicht. Der Bauer zog sich zurück.

„Gut, schon gut“, sprach er zögernd und trostete sich lang-
sam fort.

Schweigend ging die Kommission weiter, keiner sprach ein
Wort.

An diesem Abend, da sich die Gäste entfernten, blieb Marczi-
bay einsam auf der geschlossenen Veranda. Er trank weiter,
Trank allein. Seine Frau, ein wortfarges, zurückhaltendes,
glattes Geschöpf, hatte sich gleich nach dem Essen vom Tisch er-
hoben, war in ihr Zimmer gegangen, hatte auf dem Klavier ein
altes Lied gespielt; die Fenster geschlossen und sich zu Bett be-
geben. Da die Fensterscheiben heftig gegeneinanderklopfen, goß
Marczibay mit zornigem Schwung ein volles Glas hinab und
trauf nun ab mild ein Glas nach dem anderen.

Er stemmte die Ellenbogen auf den Tisch, die Flammen
schlugen gegeneinander. Er prekte die knochigen, braunen
Fäuste wider die Sitze. Starrte lange Zeit vor sich hin. Trank
nunmehr wütend. Und so heftig an seiner Zigarre, mächtige,
brohende Rauchwolken ausstößend. Hin und wieder schlug er
auf den Tisch. Zu seinen Füßen lag hingestreckt sein Hund. Er
riech gegen diesen. Winseind loh das getretene Tier, Marczi-
bay suchte auf:

„Zum Teufel mit euch allen!“

Ueble giftige Leidenschaften lodten in ihm, auf seinem Ge-
sicht dunkelte Jorn. Des alleintrinenden Namens Raufsch
haberte aus ihm empor.

„Was bin ich denn!“ — knurrte er — „jedermanns Schuld-
lappen? Ein bedrucker Felsen, Herrgott! Darf mir denn schon
jeder einen Tritt versehen? Heilige Mutter Gottes! Auch dieser
schleimige Jud! Daß ich gestohlen habe! Daß er mich ein-
berrenn läßt! Wenn er will. Doch will er nicht. Gewährt mir
Gnade! Er, der gnädige Herr Abel, Gnade gewährt er mir.
Heiliger Josef! Mir! Gnade mir! Dieser Wurm, dieser Aus-
wurf... Weil ich diene, auf dem Gut meiner Ahnen diene!
Weil ich diene! Diene, diene! Diese Raube, diese Laus! Der
waat den Mund aufzum... Wegen seines dreieigen
Geldes... Was hab ich mir denn genommen? Bestium
meines Großvaters ist alles hier! Wenn hab ich denn ge-
nommen?“

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Eine Anfrage an den Oberstaatsanwalt

Von nachstehender Seite wird uns mitgeteilt, daß vor ca. drei Wochen durch die Breslauer Polizei der Oberleutnant v. Haunstein und sein Adjutant Leutnant Weber verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingewiesen wurden. Beide waren beschuldigt, konterrevolutionärer-monarchistischer Umtriebe, Bildung von Organisationen usw.

Der neue Polizeipräsident habe diese beiden Herren als besonders gefährlich hingestellt. Im Gefängnis, wo die Sache an die Richter ging, hatte man mehr Verständnis für die „Taten“ dieser „Erneuerer“. Das ausschlaggebende Moment für die Freilassung der beiden war aber, daß sich der Herr v. Haunstein als Erbprinz von Hohenlohe-Dehringen legitimierte.

Es war dann selbstverständlich, daß ein Haus, das Kommunisten und andere „Verbrecher“ monatelang unschuldig festhält, kein standesgemäßes Lokal für Prinzen war.

Wir fragen höflich an, warum die beiden Offiziere fang- und klanglos entlassen wurden.

Waldstafettenlauf der Knaben- und Mädchenabteilungen der Freien Turnerschaft Breslau.

Am Sonntag, den 6. November 1921, veranstaltete die Freie Turnerschaft einen Waldstafettenlauf ihrer sämtlichen Kinderabteilungen. Nach einer regnerischen Woche klarte sich der Himmel am Sonnabend wieder auf und der Sonntagvormittag wurde zum schönsten und geeignetsten Tage eines Stafettenlaufes. Freudig sammelten sich die Kinder um 8 Uhr an ihren Turnhallen und marschierten geschlossen in den Schwiger Wald, wo sie sich in einer 15x100 Meter Stafette messen sollten, aber nicht um Geld- und Ehrenpreise, wie dies bei den bürgerlichen Turn- und Sportvereinen der Fall ist, sondern zum Zweck der Volksgesundheit.

Als Sieger gingen bei den Knaben die 6. Abteilung und bei den Mädchen die 1. Abteilung hervor. Wenn auch die Resultate noch nicht so hoch erfreulich waren, so liegt das wohl daran, daß erstens einmal die Wege von dem vorangegangenen schlechten Wetter noch sehr aufgeweicht waren und zweitens, daß wir als Arbeiterturner und Sportler keine eigenen Spielplätze mit gut angelegten Laufbahnen besitzen, wie die bürgerlichen Turn- und Sportvereine, die sich solche durch Stiftungen und dergleichen schaffen konnten.

Resultate: Knaben: 1. Abt. 4 Min., 25 1/2 Sek. 2. Abt. 4 Min., 23 1/2 Sek. 3. Abt. 4 Min., 25 1/2 Sek. 4. Abt. 4 Min., 25 1/2 Sek. 5. Abt. 4 Min., 25 1/2 Sek. 6. Abt. 4 Min., 18 1/2 Sek. 7. Abt. 4 Min., 45 1/2 Sek. Mädchen: 1. Abt. 4 Min., 40 1/2 Sek. 2. Abt. 4 Min., 50 1/2 Sek. 3. Abt. 4 Min., 55 1/2 Sek. 4. Abt. nicht angetreten. Teilnehmer 176 Knaben, 78 Mädchen, insgesamt also 254 Kinder.

Aus der Provinz.

Landarbeiterversammlungen im Kreise Striegau.

Während des schlesischen Landarbeitersstreiks war es der Kreis Striegau, der zuerst den Kampf gegen die Junker aufnahm. Am Sonnabend, Montag, Dienstag und Mittwoch fanden daselbst 4 Versammlungen unserer Partei statt, in der Gen. Gräß über das Thema sprach: „Was lehrt uns der letzte Streik der Landarbeiter?“

Die Versammlungen waren durchweg gut besucht und fanden die Ausführungen des Referenten den Beifall der Versammlungsbesucher. In fast allen Versammlungen folgte dem Referate eine ausgiebige Diskussion. Es herrschte in allen Versammlungen die einstimmige Auffassung, daß es notwendig sei, für das kommende Frühjahr die gesamten Landarbeiter zu mobilisieren, um den Vorbereitungen der Junker gegenüber gewappnet zu sein.

Als Erfolg können wir einige Aufnahmen und Abonnements auf die „Schlesische Arbeiterzeitung“ verzeichnen, auch haben wir Vertrauensleute gewonnen.

Reichswaldau. Sie die christliche Nächstenliebe ausüben, zeigte sich in unserem Erie wieder mal charakteristisch. Vor kurzer Zeit waren hier Missionare von katholischer Seite, die sich bemühten, alle ihre verlorenen Schäflein wieder

zurückzugewinnen. Vergangenes Jahr erfolgten sehr viele Kirchenaustritte, aber nur aus dem Grunde, weil ziemlich hohe Kirchensteuern festschlossen sein. Da aber die Kirchenvorstände beider Konfessionen bekannt gaben, daß dies auf Unwahrheit beruhe, richteten sich viele bereit, zu ihrem alten Heil zurückzukehren. Einige taten es ihren Verwandten zuliebe (nach ihren Angaben), um bei Hochzeiten, Kindtaufen usw. nicht großen Anstoß zu erregen. Letzten Endes haben die Missionare noch versucht, die Abtrübnen zurückzuholen. Bei verschiedenen war es nicht möglich, durch das Schichtenwesen in der Arbeit den Heilspredigenden zu folgen. Bei einem Arbeiter, dessen Frau in der Nachtschicht beschäftigt war und ihre Kinder in dem katholischen Waisenhaus waren, erlegnete sich folgender Fall. Eine Schwester des Waisenhauses fragte den älteren Jungen, warum die Mutter nicht zur Belche kommt; er erwiderte darauf: sie kommt erst abends 11 Uhr nach Hause. Die Schwester wollte die Mutter besuchen, konnte dieselbe nicht antreffen, da sie zu spät nach Hause kam. Aus Wut nahm sie den 11 Jahre alten Jungen beim Kopf, schüttelte ihn und warf ihn zum Schluß mit dem Kopf an die Wand, worüber er über heftige Schmerzen klagt. Das Mädchen erhielt auch mehrere Schläge und wurde zur Tür hinaus-

Genossinnen! Arbeiterinnen!

Dienstag, den 22. November, abends 7 Uhr, findet eine

Öffentliche Frauen-Versammlung

statt.

Genossin Frieda Walbed spricht über: „Die Steuern, die Lebensmittelnot und die Frauen.“

Freie Diskussion.

Ortsleitung der SPD.-Breslau.

Das Lokal wird durch Plakate bekannt gemacht.

gejagt mit den Worten: „Nun geht in Gottes Namen.“ So wird den Proletariatskinder die Nächstenliebe gezeigt. Hier kommt der Spruch aus der Heiligen Schrift so recht zur Geltung: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ — Bei mir persönlich war auch eine Schwester. Da meine Frau früher katholisch war, versuchte sie, auch diese zurückzuführen.

Wir sind aus der Kirche ausgetreten aus Überzeugung und lassen uns nichts mehr einreden. Aber auf eine Auseinandersetzung kommt es uns nicht an. Die Schwester sagte: Man muß lange den lieben Gott bitten, ehe er uns erhört.

Kreisgenossenschaft. Am 13. November fand eine Kreisgenossenschaft der Ortsgruppen des Kreises Hirschberg statt. Aus der von Tag zu Tag für das Proletariat immer drückender werdenden politischen und wirtschaftlichen Lage und aus dem Bericht über den Bezirksparteitag vom 6. November zogen die versammelten Delegierten die für einen Kommunisten zu ziehende Konsequenz, mit aller Energie die Genossen in den Ortsgruppen zur intensiven Arbeit anzuspornen, die Augenstehenden aufzuklären, um in den kommenden entscheidenden Tagen gewappnet zu sein. Der Antrag, dahingehend, daß der Kreis Hirschberg dem Unterbezirk Waldenburg angegliedert wird, wurde der Bezirksleitung zur Durchführung überwiesen. Am 1. Dezember soll eine Konferenz aller kommunistischen Betriebsräte, Betriebsobleute, Gemeindevertreter und Kartelldelegierten stattfinden, um die Vorbereitungen für eine intensive Tätigkeit in diesen Körperschaften zu leisten. Um die Kleinarbeit nachhaltiger zu gestalten, werden in Kürze in allen wichtigen Orten des Kreises öffentliche Versammlungen stattfinden. Um eine einheitliche Propaganda zu den öffentlichen Versammlungen in die Wege zu leiten, findet am Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr, in Giersdorf, Gerichtsstricham noch eine Kreisgenossenschaft statt, in der aber alle Ortsgruppen vertreten sein müssen. Dort wird auch Gen. Velle nochmals eingehender über die politische Lage, die er hier nur kurz skizzierte, sprechen. Genossen, an die Arbeit!

Aus dem Waldenburger Revier.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Am 13. November fand in Waldenburg eine Konferenz der Betriebsräte im Bergbau statt. Es wurde berichtet von den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Ministers Brauns. Nach dem dort getroffenen

Abkommen erhöhen sich die Löhne wie folgt: Alle unter Tage Beschäftigten, über 20 Jahre alt, erhalten 23 Mark, von 18—20 Jahren 16 Mark, von 16—18 Jahren 14 Mark. Ueber Tage Arbeitende in Gruppe C 21 Mark, Frauen 16 Mark, 14—16 Jahre 12 Mark. Das Kindergeld ist von 2 Mark auf 4,50 Mark erhöht.

Dies entspricht einer Durchschnittserhöhung der Löhne um 25 Mark pro Schicht bei einer Leistung von 1/2 Tonne. Der Kohlenpreis wird sich also in Zukunft pro Tonne wie folgt zusammensetzen. 3 mal 25 Mark Lohnerhöhung gleich 75 Mark, 5 Prozent für die Angestellten, gleich 3,50 Mark, 30 Prozent Kohlensteuer, gleich 37 Mark und 2 Prozent Umsatzsteuer 2,50 Mark, macht zusammen 117 Mark. Die Unternehmer wollen darauf noch 66 Prozent schlagen für Materialverbrauch, so daß eine Steigerung des Kohlenpreises um 100 Prozent eintreten würde. Da es den Arbeitern nicht möglich war, eine Preiserhöhung zu verhindern, so werden die Bergarbeiter und die übrigen Arbeiter sehr bald spüren, daß ihnen die Lohnerhöhung nichts nützt, sondern, daß sie in kurzer Zeit wieder vor Lohnbewegungen stehen.

Gottesberg. Am Freitag, den 12. November, verunglückte auf dem Brangelschacht in Nieder-Hernsdorf der Hauer Karl Wolf aus Gottesberg durch hereinkommendes Gestein schwer, ihm wurde der linke Unterschenkel zerquetscht. Einem anderen Arbeiter wurden drei Finger der rechten Hand zerdrückt.

Theater und Kunst.

Sonntag, den 20. November (Totensonntag), abends 7 1/2 Uhr, findet im Gesellschaftshaus St. Hubertus, Friedrich-Wilhelmstr. 32, ein Tolstoi-Abend statt. Mitwirkende: E. Friedrich, Erzählungen von Tolstoi, Russ. Basaliskai-Doppel-Quartett, Platon Panschenko, früher am Ukr. Theater in Odesa. Karten auf dem Büro der SPD., im Arbeiterheim und an der Kasse.



Feinschmecker

rauchen nach wie vor

SALEM

ALEIKUM

GOLD

ZIGARETTEN

Nr. 40 rot 50 grün 60 orange 80 gelb
40 50 60 80 Pf.
Cavalier 80 Pf. Cabinet Mk. 1,25

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichshof-Druckerei, e. G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lübow 1956 und 1957.

Frauen

bedeutungsvoll bei heftigster

Periodenförderung

u. Herzgesundheit durch

einwirkend. Präparat. Preis 2.00, 4.00, 6.00, 8.00, 10.00, 12.00, 14.00, 16.00, 18.00, 20.00, 22.00, 24.00, 26.00, 28.00, 30.00, 32.00, 34.00, 36.00, 38.00, 40.00, 42.00, 44.00, 46.00, 48.00, 50.00, 52.00, 54.00, 56.00, 58.00, 60.00, 62.00, 64.00, 66.00, 68.00, 70.00, 72.00, 74.00, 76.00, 78.00, 80.00, 82.00, 84.00, 86.00, 88.00, 90.00, 92.00, 94.00, 96.00, 98.00, 100.00

Gummisachen

jeder Art.

Erstklassige Jutergüter, Seid- und Wollstoffe, Katalog gegen Entsendung von K. 1.

Frau A. Gebauer

Postfach 6

Arken Str. 6

10000 Berlin

Schauspielhaus.

Opernhaus

Abends 7 1/2 Uhr:

Wenn Liebe erwacht.

Samstag nachmittags 2 1/2 Uhr:

Der letzte Kaiser.

Samstag 7 1/2 Uhr:

Das Hollandweibchen.

Täglich 7 1/2 Uhr:

Das glänzende Varieté-Programm

Sonntag vorm. 11 Uhr:

Große Matinee

Meine Spielwaren-Ausstellung

ist eröffnet!

Größte Auswahl
Schnelle Bedienung
Billigste Preise

ALBERT MARCUS

Ring 51-52 (H. Plö-Basar) Ring 51-52
Parterre und 1. Etage

Gebrauchte

Mauser-Pistolen 7,63

kaufen zu höchsten Preisen

Gewehrfabrik
F. W. Vandrey & Co., Hamburg
Colonnaden

Achtung! Wo?

kauft man neue und gebrauchte
ROSEL sowie ganz Eilich-
truppen zu billigsten und ver-
lässlichsten?

Bei H. Kluge

Marktplatz 12, vor 1. Eing.

Pelz-

Colliers, Mäntel,
Hüte und Besätze

Sport-Pelz
Herren-Pelz-Kragen
Herren-Pelz-Mäntel

Breslauer Pelz-
und Hut-Dejar

Neue Grundenstr. 8
Friedr.-Wilh.-Str. 12
(Waldplatz)

Frauen

bei Regenerungen und
Blutstörungen u. alt-
bewährtes, bewährtes
u. in vielen Krank-
schreibern begünstigtes
Spezialmittel.
Sein Schmelz-
mojar garantiert wird.
Unschädlich.

Gummisachen

jeder Art.
Erstklassige Jutergüter,
Seid- und Wollstoffe,
Katalog gegen Entsendung
von K. 1.

Frau A. Gebauer

Postfach 6

Arken Str. 6

10000 Berlin

Von heute ab zahle ich für
leere Flaschen meiner Firma

für 1/1 Literflasche 2,50 Mk.
1/2 " " " 1,50

H. Hennig

Getreidebrennerei - Kaffeebrennerei
Hinterbleiche 5-6

Spezialität: Hennig-Grain.

Hingerichtet

gab alle Augen auf
meine erfindungsreichen
Spezialmittel für

FRANCO

welche bei Regel-
störungen schon in
2 Stunden geholfen
haben.

Garantiert unerschütterlich.

Bestand für jetzt
nur noch 100 Stück.

Kf. Lager, Ludwig 11
Eppendorferweg 17

Am 12189
kauft jetzt mit
Telephon-Anschluß.

Fritz Brandt

Breslau, Nikolai-Str. Ecke N. Weltgasse
Eisenhandlung
Halsstraße 4, Straßenschildnummer 1 und 21

Genossinnen und Genossen!

Werbt unermüdlich Inserenten für die
Schlesische Arbeiterzeitg.

Kaufen Sie jetzt,

dann sparen Sie Geld!

Ulster, Raglans, Sport-Joppen
bekommen Sie noch sehr billig,
solange der Vorrat reicht, im
Herren-Bekleidungs-Haus
Königsplatz 12, gleich am Waldplatz

Inh.: Hermann Partetzke.

Wiederverkäufer

kaufen billig u. gut
Soden, Genden,
Unterhosen, Tricot-
gen, Garne, Zwirne,
Kurzwaren,
gute Wäsche, Reichs-
bekleidung usw. bei
E. Lehmann, Breslau,
Poststraße 7.
Kaufverbindung per
Nachn. h. 100 RM. an.
Preisliste gratis.

Schaf-Wolle

kauft und
läuscht auf
Strick-Wolle

Wische & Co.
Breslau,
Königsplatz 12/13
Ecke Stockgasse
Einkauf von
Wollen u. Fellen
Kauf, Verkauf,
Wäsche, Woll-
waren, etc.
Kauf, Verkauf